

Adam Szostkiewicz

DER PREIS DES AUSNAHMESTATUS POLEN WIDERSETZT SICH DER RASCHEN SÄKULARISIERUNG

Im Juni 2008 wurde Polen vom Drama um ein vierzehnjähriges Mädchen aus Lublin erschüttert. Nach der Version der Eltern war sie von einem nicht viel älteren Schulkameraden vergewaltigt worden.¹ Mal wollte das Mädchen die Schwangerschaft abbrechen, mal nicht, schließlich entschloss sie sich – mit Zustimmung der Eltern – für die Abtreibung. Die staatlichen Krankenhäuser, die sie aufsuchte, verweigerten jedoch deren Durchführung. Dabei beriefen sich die Ärzte auf ihr Gewissen. Zuvor hatten Mitglieder der katholischen Antiabtreibungsbewegung und ein Priester das Mädchen im Krankenhaus moralisch unter Druck gesetzt, das Kind doch zu bekommen. Die Sache kam in die Medien und rief allgemeine Empörung hervor. Die einen lobten die katholischen Abtreibungsgegner für ihre Entschiedenheit, die anderen warfen dem öffentlichen Gesundheitswesen vor, vor den katholischen Aktivisten eingeknickt zu sein.

Das Gesetz in Polen erlaubt minderjährigen Mädchen die Abtreibung. Obwohl es generell sehr streng ist, gestattet es auch erwachsenen Frauen den Abbruch einer Schwangerschaft, die aus einem Verbrechen (Vergewaltigung, Inzucht) resultiert oder Leben und Gesundheit der Schwangeren ernsthaft bedroht. Die Vierzehnjährige aus Lublin hatte also das Recht auf ihrer Seite. Dennoch wurde sie unter starken Druck gesetzt, und das Drama um sie ging auf das Konto des »pro-life«-Lagers. Einer von dessen Führern, der bekannte katholische Publizist Paweł Milcarek, verurteilte nicht nur diejenigen, die dem Mädchen bei der Abtreibung geholfen hatten, sondern rief auch zum Boykott der größten polnischen Tageszeitung, der liberalen GAZETA WYBORCZA, auf, die den Fall als erste aufgegriffen hatte. Zu denjenigen, die von den sogenannten Verteidigern des Lebens angegriffen wurden, gehörte auch die polnische Gesundheitsministerin Ewa Kopacz, eine praktizierende Katholikin, die auf das Krankenhaus hingewiesen hatte, in welchem schließlich auf Wunsch des Mädchens eine legale Abtreibung vorgenommen wurde. Und im Internetforum der ultrakatholischen Zeitschrift FRONDA wurde ein Appell an den Bischof der Diözese veröffentlicht, aus der Frau Kopacz stammt, diese gegebenenfalls mit der Exkommunizierung, also dem Ausschluss aus der Gemeinschaft der Gläubigen, zu bestrafen. Einige einflussreiche Bischöfe solidarisierten sich mit der ganzen Kampagne und ihrer Krönung, dem Aufruf, eine hohe Vertreterin des Staates aus der Kirche auszuschließen, weil sie das getan hatte, was sie auf ihrem Posten in der Regierung zu tun verpflichtet war.

Premier Donald Tusk und sein Umfeld rügten die Ministerin zwar nicht, distanzieren sich aber auch nicht von der gegen sie gerichteten Aktion, wie sich dies gehört hät-

1 Die Vergewaltigung wurde in diesem Fall nicht bestätigt (Anm. der Red.).

te – das heißt auf Grundlage der Legalität und der verfassungsmäßig garantierten Trennung von Staat und Kirche. Ähnlich zaudernd war das Verhalten Tusks, als die katholische Kirche in der Frage der Behandlung von Unfruchtbarkeit mit der In-vitro-Methode, die die Kirche nicht akzeptiert, der Regierung mit »Krieg« drohte. Unter dem Eindruck der kirchlichen Kampagne zog die Regierung die geplante Rückerstattung der Behandlungskosten zurück. Zuvor hatte die Kirche auf die gleiche Art und Weise eine Beendigung der Diskussion darüber erzwungen, ob die Zensuren im Religionsunterricht an Oberschulen und Gymnasien auf den Notendurchschnitt angerechnet werden sollen und ob man den Religionsunterricht in die Liste der Abiturfächer aufnehmen sollte. Die Angst, sich dem Vorwurf auszusetzen, eine »anti-kirchliche« oder »anti-katholische« Politik zu betreiben, lässt polnische Politiker vergessen, dass Polen seiner Verfassung nach eine säkulare Demokratie ist, die prinzipiell der Herrschaft des Rechts unterworfen ist und nicht einem religiös-ethischen System.

Ewa Kopacz ist immer noch Mitglied der polnischen Regierung, und die Kirche hat sie auch nicht exkommuniziert. Der gesunde Menschenverstand hat gegen eine Kampagne gewonnen, die an den Kreuzzug christlicher Fundamentalisten in den USA erinnert. Dass sie überhaupt stattgefunden hat, gibt jedoch zu denken, wenn man sich die Situation des Katholizismus in Polen drei Jahre nach dem Tod Johannes Pauls II. vor Augen hält. Papst Wojtyła, der Stolz der überwiegenden Mehrheit der Polen, darunter auch vieler Nichtgläubiger, war ein erbitterter Gegner der Abtreibung. Die Frage, ob diese legal zulässig ist oder nicht, sah er als eine Nagelprobe für die heutige Zivilisation an. Die gesetzliche Zulässigkeit der Abtreibung betrachtete er als Pfeiler der sogenannten Zivilisation des Todes. Und weil er der Schutzpatron des Kampfes für Unabhängigkeit und Demokratie war und seine Stimme beim nationalen Referendum 2003 den Ausschlag gab für den Beitritt Polens zur Europäischen Union, beeinflusste die Haltung des polnischen Papstes auch wesentlich die Einstellungen seiner Landsleute. Sehr viele Katholiken in Polen standen unter dem Eindruck der päpstlichen Homilie, die kurz nach Erlangung der Unabhängigkeit während des Besuches von Johannes Paul II. in seiner polnischen Heimat verkündet worden war und von scharfen Kontroversen über das geplante Abtreibungsverbot begleitet wurde. Der Papst erklärte damals den Widerstand gegen die Abtreibung zu einem Gebot des Patriotismus und gab so den Ton der öffentlichen Debatte in Polen eigentlich bis zum heutigen Tag vor. Selbst in der jungen Generation hat die Haltung gegen Abtreibung stark zugenommen.

Dennoch existiert in Polen ein großer Abtreibungsschwarzmarkt, und viele Polinnen reisen deswegen ins Ausland, besonders seit Polen dem Schengen-Abkommen beigetreten ist, die Einkommen allmählich steigen und der Złoty zu den stabilsten Währungen Europas zählt. Einerseits hält man also ein hartes Antiabtreibungsrecht aufrecht – das in Polen als Kompromiss angesehen wird –, andererseits ignorieren die demokratischen Regierungen, die auch von der postkommunistischen Linken gestellt werden, einen Teil der öffentlichen Meinung, die eine Diskussion und Revision des geltenden Rechts verlangt. 2007 wurde sogar der Versuch unternommen, dieses zu verschärfen. Einer der damaligen Führer der Regierungspartei Recht und Gerechtigkeit (PiS), der Sejmmarschall Marek Jurek, setzte sich dafür ein, aus dem Antiabtreibungsgesetz die Ausnahmeregelungen zu tilgen, die einen legalen Schwangerschaftsabbruch auf Kosten des Staates zulassen. Es



FRONDA ist eine konservative katholische Vierteljahresschrift. Sie behandelt gesellschaftliche, theologische, historische und politische Themen sowie das Verhältnis der Menschen zu Gott und der Kirche.

Der Grund für die Entstehung der Zeitschrift war die Auseinandersetzung um die Rolle der Kirche in Polen nach 1989; man beklagte den Verlust der Autorität und des universellen Werte-Monopols der Amtskirche sowie die schlagartig einsetzende Liberalisierung der Lebensart der Polen. Die Entstehung des konservativen Blattes war der Ausdruck des Bedürfnisses nach Schaffung eines Ortes, an dem konservative Katholiken kompromisslos über die für sie wichtigen Belange reden können. So bekämpft FRONDA u.a. hartnäckig die Abtreibung als mörderischen Akt, Homosexualität erachtet sie als therapierbare Krankheit; es werden auch häufig historische Kommentare darin veröffentlicht, z.B. bezüglich der Spanischen Inquisition oder der Diktatur Pinochets.

Die Zielgruppe der FRONDA sind junge Leute. So schreckt die Zeitschrift nicht davor zurück, sich der Jugendsprache und Methoden der Popkultur zu bedienen. Sie macht z.B. Werbung für die Beichte, den Rosenkranz (»Ein wunderbarer Heilungs-Apparat! 800 Jahre Tradition. Leicht in der Handhabung. Immer wirksam«), vertreibt T-Shirts mit christlichen Losungen (»No sex before wedding«) oder Flyer, die an Windschutzscheiben von Warschauer Autos verteilt werden und die Werbung von Escort-Services nachahmen (»Frauen warten 24 Stunden auf dein Gebet«). Die Provokation, geben die Redakteure zu, sei Teil ihrer Werbung.

www.fronda.pl

kam nicht zur Änderung, und Jurek verließ aus Protest die PiS, die sich damals als kirchennahe Partei präsentierte; im Gegenzug dazu unterstützte die Führung der katholischen Kirche in Polen nicht den Katholiken Jurek, sondern den Status Quo.

Man kann darüber spekulieren, welchen Standpunkt Johannes Paul II. angesichts dieses innerkatholischen Konfliktes einnehmen würde, wenn er noch lebte. Wahrscheinlich würde er das Episkopat unterstützen. Papst Wojtyła hat niemals einen offiziellen Standpunkt der katholischen Kirche öffentlich in Frage gestellt, weder in Polen noch anderswo, außer wenn dieser krass von der Sichtweise des Papstes oder des Vatikans abwich, wie dies in der Vergangenheit in den Niederlanden, in Nicaragua oder Deutschland der Fall war (gerade in der Frage der Beteiligung der katholischen Frau-

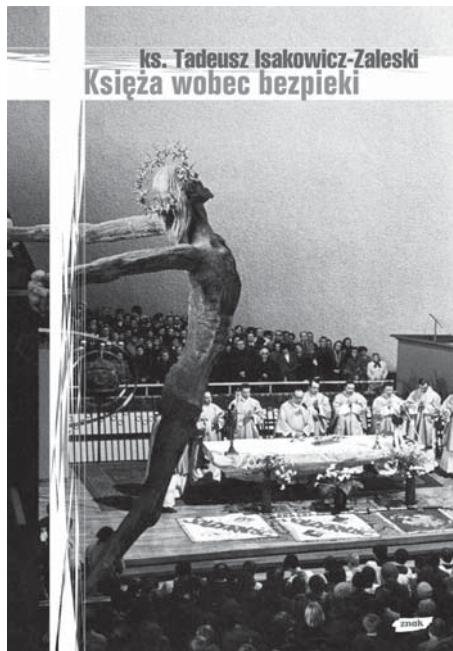
enberatungsstellen an der Familienpolitik der Regierung, die die Abtreibung unter bestimmten Bedingungen zuließ). Johannes Paul II. war prinzipientreu, aber er war auch pragmatisch und flexibel. Und deshalb hätte er auch bei einem anderen Thema, das die polnischen Katholiken in letzter Zeit entzweite, eine harte Nuss zu knacken. Wer glaubt, es gehe um einen Sittenskandal, um eine Krise wegen Pädophilie, wie bei den dramatischen Ereignissen in der katholischen Kirche der USA oder Irlands, der irrt. Obwohl einzelne Fälle von sexuellen Ausschweifungen unter Beteiligung von Priestern in Polen ans Tageslicht kamen – am aufsehenerregendsten war die öffentliche Anklage des Posener Erzbischofs Juliusz Paetz 2002 wegen sexueller Belästigung von Priesterseminaristen – und obwohl der polnische Papst, wenngleich mit einer gewissen Verzögerung, die Entfernung des Würdenträgers aus dem Amt billigte, stoßen kirchliche Sittenskandale in Polen niemals, auch nicht in den weltlichen Medien, auf so starke Reaktionen wie Skandale mit politischem oder finanziellem Hintergrund.

Es geht vielmehr um die kirchliche Debatte über die Lustration (»Durchleuchtung«), die nur Teil eines breiteren Streits darum ist, wie man mit Informationen aus den Archiven über eine angebliche kommunistische Zelle in Schlüsselinstitutionen des demokratischen Staates und der demokratischen Gesellschaft, die in die Öffentlichkeit durchsickern, umgehen soll. In Polen erwies sich das Thema Lustration als eines der Themen, die die öffentliche Meinung besonders stark polarisierten; es gewann eine überproportional große Bedeutung als Argument oder gar Waffe in der aktuellen politischen Auseinandersetzung. Interessanter- und für die polnische Öffentlichkeit bezeichnenderweise wurde diese Debatte in besonders scharfer Form im früheren Solidarność-Lager geführt, wo sie sogar Züge eines Bruderkampfes annahm. Enttarnungen ehemaliger Aktivisten der demokratischen Opposition oder der legendären Solidarność der Jahre 1980–1988 werden viel intensiver publik gemacht und diskutiert als die von Personen des früheren kommunistischen Regimes, obwohl sich die gegenwärtige polnische Linke, die sich nicht vollständig vom kommunistischen Polen distanziert, auf der politischen Bühne behauptet. Da ihre Position jedoch schwächer wird, erweisen sich die Kämpfe um die Lustration zwischen den beiden Mitte-Rechts-Gruppierungen, die heute in der polnischen Politik klar dominieren, für die Medien als politisch wichtiger und attraktiver. Am spektakulärsten ist hier die im Juni 2008 durch die oppositionelle PiS vom Zaun gebrochene nationale Debatte über eine Spitzeltätigkeit des jungen Lech Wałęsa, des weltweiten Symbols für die einzige große erfolgreiche polnische Unabhängigkeitsbewegung, die Solidarność. Diese Aktion endete nicht sehr erfolgreich, denn 60 Prozent der befragten Polen waren der Meinung, dass Wałęsa für sie ein Held bleibe, selbst wenn sein Lebenslauf eine Episode als Spitzel aufweisen sollte.

Nach der friedlichen politischen Wende blieb die Kirche viele Jahre lang von der »Durchleuchtung« verschont. Erst nach Entstehen des staatlichen Instituts für das nationale Gedenken (IPN) 1999, das wissenschaftliche Forschungstätigkeit mit Archiv-, Bildungs- und Staatsanwaltsfunktionen (sic!) verband und sich dabei auf die ihm übergebenen Daten der ehemaligen kommunistischen Geheimpolizei stützte, wurde das Thema in der Öffentlichkeit aktuell. Denn nach dem IPN-Gesetz konnten nun auch Privatpersonen Einsicht in ihre von der Staatssicherheit angelegten »Akten« beantragen, sofern sie in der Vergangenheit nicht mit den Sicherheitsdiensten verbunden gewesen waren.

Von dieser Möglichkeit machte u.a. auch der Priester Tadeusz Isakowicz-Zaleski Gebrauch, der sich in den achtziger Jahren für die Sache der *Solidarność* engagiert hatte. Die Lektüre der Staatssicherheitsunterlagen brachte ihn zu der Schlussfolgerung, dass die Kirche vom Sicherheitsdienst infiltriert gewesen sei und in ihren Strukturen wichtige Informanten besessen habe. Von Priestern als Spitzeln der Staatssicherheit berichtete auch Marek Lasota, ein anderer Krakauer Mitarbeiter und Forscher des IPN. Diese sollen im Umfeld des Krakauer Metropoliten, Erzbischofs und späteren Kardinals Karol Wojtyła tätig gewesen sein, der 1978 zum Papst gewählt wurde.

Die in Buchform gebrachten Erkenntnisse von Isakowicz-Zaleski (*Księża wobec bezpieki*/Priester und Staatssicherheit, 2007) und frühere öffentlich enthüllte Einzelfälle von Spitzeltätigkeiten bekannter, allgemein respektierter und immer noch aktiver katholischer Geistlicher riefen in der Öffentlichkeit einen noch größeren Schock hervor als der Sexskandal um Erzbischof Paetz. Man kann den Eindruck gewinnen, dass die Enthüllungen um Spitzel in der Soutane für Kirchenhierarchie und katholische Gläubige eine wesentlich stärkere ethische Herausforderung darstellen. Die Polen sind sensibel für das Problem des Verrats im Sinne einer Kollaboration mit Besatzungsmacht oder Feind, und eben dieses Etikett hat das Thema der geheimen Mitarbeiter der Staatssicherheit in der polnischen öffentlichen Debatte der letzten Jahre erhalten.



Pater Tadeusz Isakowicz-Zaleski (geb. 1956 in Krakau) ist Seelsorger der Armenisch-Katholischen Kirche in Polen und Mitbegründer und Vorsitzender der Stiftung des Heiligen Bruders Albert, die sich mit der Pflege behinderter Menschen beschäftigt. Oppositioneller zu Zeiten der Volksrepublik Polen, Autor einiger Gedichtbände.

Isakowicz-Zaleski spricht unbequeme oder tabuisierte Themen der Geschichte Polens sowie der Katholischen Kirche an. Eine große Kontroverse um seine Person rief das 2007 erschienene Buch *Priester und der Sicherheitsdienst am Beispiel der*

Diözese Krakau hervor, welches eine Analyse und Kategorisierung der Einstellung polnischer Geistlicher in Bezug auf die Zusammenarbeit mit dem Sicherheitsdienst der Volksrepublik Polen darstellt. Nach Erscheinen des Buches entflammte die Diskussion um die Bewertung der jüngsten Vergangenheit Polens. Für den Autor selbst hagelte es Kritik von Seiten der Oberhäupter der Katholischen Kirche sowie zahlreicher Kreise, die gegen diese Auseinandersetzung sind.

Wie schwierig diese Herausforderung für die Kirche als Institution ist, zeigte auf dramatische und spektakuläre Weise die Affäre um den Erzbischof Stanisław Wielgus. Dieser populäre Kleriker, Historiker des Mittelalters und Autor scharfer Polemiken gegen die zeitgenössische westliche Linke und die Postmoderne entpuppte sich nach Sichtung von Archivmaterialien aus den IPN-Beständen als geheimer Mitarbeiter der Staatssicherheit in den Jahren 1973–1978. Ähnlich wie die überwiegende Mehrheit all jener katholischen Geistlichen, denen öffentlich ihre vermeintliche Zusammenarbeit mit dem alten Regime vorgeworfen wurde, bestritt auch Wielgus, Mitarbeiter der Staatssicherheit gewesen zu sein und daraus Gewinn gezogen zu haben. Stattdessen stellte er sich als Opfer des totalitären Systems dar, das gegen Unbeugsame kompromittierende und gefälschte Materialien fabriziert habe. Dennoch trat er von seiner Funktion als Warschauer Metropolit zurück, die er im Januar 2007 für gerade einmal zwei Tage übernommen hatte. Damit geschah etwas Beispiellooses in der neueren Geschichte der Kirche in Polen. Zum Rücktritt des Kirchenfürsten führte eine öffentliche Kampagne von Befürwortern der Lustration. Die Enthüllungen von Isakowicz-Zaleski hatte die Kirche nur unwillig zur Kenntnis genommen und versucht, deren moralische Bedeutung zu vermindern. Diesmal jedoch, nach Veröffentlichung der Anschuldigungen gegen Erzbischof Wielgus, reagierte sie im Sinne der Lustrationsbefürworter. Die Bischöfe müssen zu dem Schluss gelangt sein, dass die Missachtung der Laien, die die Lustration der Priester auf allen Ebenen forderten, sich gegen die noch immer große Autorität der Kirche in Polen wenden würde. Wielgus verschwand von der Bildfläche, obwohl er einen gerichtlichen Kampf um die Wiederherstellung seines guten Namens angekündigt hatte.

Wie man sich denken kann, hat sich die Kirche hier vor allem von politischen Erwägungen leiten lassen. Die Kirchenhierarchie verteidigt normalerweise ihre institutionellen Interessen, schützt ihre Würdenträger und Angestellten, will die grundsätzliche Einheit der Kirche und ihre Bindung an die Gemeinschaft der Gläubigen erhalten. Deshalb war die Kirchenführung geneigt, in der Frage der Spitzel eher auf die Argumente der Lustrationsgegner zu hören, dass nämlich die Glaubwürdigkeit der Staatssicherheitsunterlagen fragwürdig sei und man einer solchen wilden Lustration nicht zustimmen dürfe, d.h. dass Informationen an die Medien durchsickern, die konkrete Personen allein aufgrund von Geheimpolizei-Dossiers belasten. Gern betonten sie auch, dass sowohl früher, zu Zeiten der kommunistischen Volksrepublik, als auch heute im freien Polen ein Kampf gegen die Kirche als moralische Instanz tobe, die Einfluss auf Denken und Handeln eines beträchtlichen Teils der polnischen Gesellschaft habe, und dass in diesem Kampf zuletzt auch zur Waffe der Lustration gegriffen werde.

Damit jedoch fand sich die Kirche in einer Reihe mit den Gegnern der »wilden« und politisch instrumentalisierten Lustration aus der postkommunistischen Linken und der liberal-demokratischen Mitte, zu denen die Kirche offiziell Distanz hält. Der Wunsch, diesbezügliche politische Vorwürfe zu vermeiden, überwog offenbar in der Kirchenleitung und bewegte sie dazu, im Sinne der Lustrationsbefürworter aktiv zu werden, z.B. sogenannte historische Kommissionen in einzelnen Diözesen einzurichten. Diese Kommissionen sollen sich mit der Lustration in der Kirche beschäftigen, aber so, dass Sensationsmache vermieden wird und kirchliche Funktionsträger nicht öffentlich he-

rabgewürdigt werden. Bisher sind jedoch nur wenige Kommissionen entstanden, und man kann darauf warten, dass ungeduldige Anhänger der kirchlichen Lustration bald irgendein neues spektakuläres Beispiel für einen Spitzel in der Kirche publik machen, um auf diese Weise die Institution Kirche zu etwas zu drängen, was sie für deren Säuberung für nötig befinden.

Während der Pilgerfahrt nach Polen im Mai 2006 rief Papst Benedikt XVI. die Priester dazu auf, sich vor allem um das geistliche Leben der Gläubigen zu bemühen. Man könnte diese Worte als Warnung verstehen, dass die Kirche in Polen sich nicht zu tief in aktuelle politische Auseinandersetzungen verstricken dürfe, sondern sich auf die Seelsorge besinnen müsse. Die Polen sind mit der katholischen Religion nicht nur geistig und ethisch, sondern auch kulturell verbunden. Am wenigsten jedoch politisch. Das, was Politiker, Journalisten und Funktionäre aufregt, muss die katholischen Massen nicht interessieren. In Umfragen in Bezug auf Glaubwürdigkeit und Vertrauen führen Militär und öffentliche Medien. Die Kirche rangiert weit oben, aber nicht als Kraft, die sich politisch engagiert, sondern als moralische Vermittlerin, Wächterin und Lehrerin des christlichen Wertesystems sowie als Fürsprecherin und Betreuerin der Schwachen und Bedürftigen.

Auch wenn die Polen in ihrem Privat- und Familienleben die katholische Ethik und die kirchlichen Gebote nicht immer genau befolgen, so bleibt doch die kulturelle Kraft des Katholizismus als eines der Schlüsselemente nationaler und auch individueller Identität (über 90 Prozent der Bürger bezeichnen sich selbst als römisch-katholisch) bestehen. Sie wünschen sich, dass die Kirche in der Öffentlichkeit (insbesondere im Bereich Bildung und Erziehung) präsent ist, gleichzeitig wollen sie aber nicht, dass sie sich einseitig politisch engagiert und in Belange des Staates einmischt. Als die Kirche in den ersten Jahren der wiedererstandenen Demokratie von den Kanzeln herab vorgeben wollte, welche Partei die polnischen Katholiken zu wählen (oder nicht zu wählen) hätten, bewirkte sie genau das Gegenteil: Parteien, die die Wählerschaft mit christlichen Werten beeindrucken wollten, verloren die Wahl. Dieses Phänomen entbehrt nicht einer gewissen Logik: Die Polen sind religiös, aber nicht klerikal. Sie sind traditionsbewusst, aber nicht bigott. Sie begehen die katholischen Feiertage, erziehen ihre Kinder katholisch und gehen zur Kirche (der Anteil der praktizierenden Gläubigen betrug 1999 55 Prozent, in Irland und Italien 30 Prozent). Aber im privaten Leben orientieren sie sich eher an ihren eigenen Wünschen, Überzeugungen und Interessen als an den zehn Geboten. Sie akzeptieren »konservative Werte«; aber anders als die Konservativen unterstützen sie die Idee der Gleichheit und glauben, dass die Menschen »von Natur aus gut« seien. Besonders selektiv gehen sie mit der katholischen Sexualethik um: Die Toleranz für vorhelichen Sex, Verhütung, Abtreibung und Sterbehilfe hält sich auf einem ziemlich hohen Niveau. Bei der Jugend bewegt sich die Toleranz für »freie Liebe« und Verhütung bei um die 70 Prozent (dafür ist die Akzeptanz der Abtreibung deutlich gesunken).

Das Erbe der multikulturellen, toleranten und demokratischen (im Sinne der Adelsdemokratie) Ersten Republik, die Ende des 18. Jahrhunderts unter den benachbarten absolutistischen Monarchien aufgeteilt wurde, bleibt in den polnischen Debatten weiterhin ein positiver Bezugspunkt. Als Polen sich 2003 an die Abhaltung des nationalen

Referendums über den EU-Beitritt machte und die Kirche zauderte, welchen Standpunkt sie einnehmen sollte, fügte Papst Wojtyła in seine Rede an die Delegation der »Solidarność« die Wendung »von der Lubliner Union zur Europäischen Union« ein, die wahrscheinlich die Waagschale zu Gunsten des »Ja-zu-Europa«-Lagers neigte. Das war eine Anspielung auf die im 16. Jahrhundert in Lublin geschlossene Union zweier Staaten, der polnischen Monarchie und des Großfürstentums Litauen, die den Beginn von Blüte und Macht beider in der Adelsrepublik vereinten Völker markierte. Wer weiß, wie die weiteren Geschehnisse dieses in Europa einzigartigen kulturellen und staatlichen Experiments verlaufen wären, wenn nicht im 17. Jahrhundert der polnische Staat begonnen hätte, aktiv die Politik der katholischen Gegenreformation zu unterstützen. Seitdem begann der Katholizismus in Polen auf Kosten anderer Konfessionen zu dominieren, und spätere Ereignisse, besonders die Repressionen in der mehr als hundert Jahre dauernden Phase der Teilungen und die heroische Haltung der Kirche unter der Besatzung von Nazis und Sowjets im 20. Jahrhundert, festigten ihre Position in der Gesellschaft. Wer dieses bis heute bestehende Ansehen der Institution Kirche verstehen will, muss wissen, dass der Katholizismus in den Augen der heutigen Polen Bewahrer nicht nur moralischer, sondern auch nationaler Werte ist.

Das fast 30 Jahre währende »außergewöhnliche« Pontifikat Johannes Pauls II. festigte diese Vorstellung und damit auch die reale Position der Kirche in Polen sowohl unter kommunistischer Herrschaft als auch im demokratischen System. Papst Wojtyła war an zwei Fronten aktiv: in der Auseinandersetzung mit den Gegnern von Religion und Kirche, aber auch mit den Fürsprechern einer »Nationalisierung« des Katholizismus, die diesen für ihre Machtspiele politisch instrumentalisieren wollten. Deshalb unterstützte der polnische Papst niemals eindeutig die nach der Wende von 1989 entstandenen neonationalistischen Bewegungen – und auch nicht die politischen Ambitionen des Milieus um das ultrakatholische Radio Maryja des Redemptoristenpaters Tadeusz Rydzyk.

Das Phänomen Radio Maryja, auf dessen Frequenz sich die Gegner der Europäischen Union, der Zusammenarbeit mit dem Westen, des Kapitalismus, der Respektierung von Minderheitenrechten, offene Antisemiten und Sexisten tummeln, kann als unvermeidlicher Preis für Pluralismus und Meinungsfreiheit interpretiert werden; man kann in ihm

Mir fällt es schwer, die Tätigkeit von Pater Rydzyk zu akzeptieren. In meiner Überzeugung ist das eine Art religiöser Fanatismus, übrigens ganz gefährlich. Ich habe den Episkopat nie verstanden, dass er die Tätigkeit von Radio Maryja zulässt und damit *de facto* legitimiert. Darüber wurde schon viel geschrieben und manchmal glaube ich, dass der Streit um »Pater Rydzyks Imperium« im Prinzip eine Ersatzhandlung ist. Mit anderen Worten: Das Fehlen einer klaren Vision dessen, was die Kirche im demokratischen Polen sein soll, führt dazu, dass das doch eher exotisch anmutende Angebot des Redemptoristen aus Thorn zum Problem Nr. 1 wird. Wenn man sich die Debatten im Katholizismus im Ausland ansieht, wird einem schnell klar, dass die Akzente dort ganz woanders liegen.

Stanisław Obirek: *Przed Bogiem* [Vor Gott], Warszawa 2005, S. 19.

aber auch eine Reaktion auf Modernisierung und Demokratisierung sehen, die in Polen nach dem Zusammenbruch des autoritären Systems einer abgeriegelten Gesellschaft eingesetzt haben. Die Bewegung von Radio Maryja betrachtet sich selbst auch manchmal als Versuch, die Isolation verarmter und bildungsferner Teile der Gesellschaft, die einem ungeheuren Transformationsdruck unterworfen sind, zu durchbrechen. Politisch, zivilisatorisch und kulturell ist diese Bewegung ein Problem für das Lager der polnischen Reformen, aber sie ist auch eine Herausforderung für die Amtskirche, denn sie ignoriert die von einem Teil der Bischöfe immer wieder geäußerten Appelle an Radio Maryja, alles zu unterlassen, was die Einheit der Gläubigen bedrohen kann.

Auf der Gegenseite der Bewegung um Radio Maryja hat sich eine andere spontane gesellschaftliche Bewegung von unten gebildet, die in Polen »Generation Johannes Paul II.« genannt wird. Ihre Entstehung wurde von Publizisten, Geistlichen, Soziologen und Funktionären in den Tagen der nationalen Trauer nach dem Tod des polnischen Papstes am 2. April 2005 verkündet. Damals durchlebte Polen ein allgemeines parteien-, konfessions- und generationsübergreifendes (im Sinne von Altersgruppen) Zusammenrücken der Gesellschaft im Zeichen der Würdigung und Solidarität mit dem letzten ungekrönten »König« der polnischen Herzen und Köpfe. Momente ähnlicher Gefühlswallungen hat Großbritannien nach dem Tod von Prinzessin Diana oder (allerdings nicht in einem solchen Ausmaß) Polen nach dem Tod des »Kardinals des Jahrtausends« Stefan Wyszyński (1981) sowie während der Beerdigung des von der Staatssicherheit ermordeten Priesters der Untergrund-Solidarność Jerzy Popiełuszko (1984) erlebt. Auffällig war dabei, dass an den Messen, Gebeten und Totenwachen zahlreiche junge Menschen teilnahmen, die im Alltag nicht so sehr kirchlich engagiert oder gar religiös sind. Es schien so, als wäre jene »Generation Johannes Paul II.« das Gesicht und die Zukunft des polnischen Katholizismus, als bildete sie, nicht die konfrontative und polarisierende Bewegung um Radio Maryja, die Hauptströmung in der polnischen Kirche, Kirche verstanden sowohl als Institution als auch als lebendige Glaubensgemeinschaft.

Die Ereignisse der darauf folgenden Jahre liefern für diesen Anschein aber leider keine ausreichenden Belege. Der Begriff der »Generation Johannes Paul II.« ist zwar weiterhin im Umlauf, vor allem in den Medien und bei einem Teil der Aktivisten, aber die Wirklichkeit scheint sich in eine andere Richtung zu entwickeln als in die, von der im »päpstlichen April« des Jahres 2005 mit soviel Optimismus und soviel Hoffnung die Rede war. Der Autor dieser Zeilen bemerkt sogar eine Abkehr vom Erbe Wojtyła und dessen Zurückdrängung im Alltag des organisierten polnischen Katholizismus durch Kräfte, die sich gegen das Konzil, gegen die Ökumene und gegen Europa richten. Sollte sich diese Tendenz fortsetzen, droht der Kirche in Polen eine schleichende Ent-Wojtyłisierung. Offiziell würde weiterhin der Kult um Papst Wojtyła, den größten Polen aller Zeiten, herrschen, aber immer mehr untergraben von einer neuen, ultrakonservativen Interpretation im Geiste des Traditionalismus von Benedikt XVI., ja sogar von einem offenen Revisionismus, der im katholischen Polen das Volk sieht, das die Aufgabe der »Re-Evangelisierung« oder besser »Re-Katholisierung« Europas übernehmen soll. Es mangelt nicht an Gläubigen, die den Hochmut und die Anmaßung in dieser Losung, das säkulare Europa zum Christentum zu bekehren, übersehen. Glücklicherweise bilden sie nicht die Mehrheit.

All dies geschieht über die Köpfe der Gläubigen, die über die Kräfteverteilung im polnischen Katholizismus nicht im Bilde sind, hinweg. Der liberale »offene« Flügel, loyal gegenüber den Ideen und Errungenschaften des bahnbrechenden Zweiten Vatikanischen Konzils (1962–1965), war in der polnischen Kirche nie stark, obwohl er in den Jahren des polnischen Pontifikats zumindest innerhalb der katholischen Intelligenz den Ton angab. Nach 1989 kamen antilibérale Kräfte zum Vorschein und wurden stärker, und sie sind es, die die geistige Auseinandersetzung um die Herrschaft über die polnischen Katholiken gewinnen, mit stillschweigender oder offener Zustimmung eines großen Teils der Bischöfe und Priester wie auch der katholischen Laienfunktionäre.

Derselbe Trend ist auch in den katholischen und kirchlichen Medien zu verzeichnen. Selbst das über Jahre wichtigste katholische Sprachrohr der »offenen Kirche«, die Krakauer Wochenzeitung *TYGODNIK POWSZECHNY*, platziert sich heute nach dem Tod seines langjährigen Chefredakteurs Jerzy Turowicz (gest. 1999), eines Freundes von Papst Wojtyła und hervorragenden Vertreters der europäischen christlichen Linken, immer häufiger im Mitte-Rechts-Lager, wenn auch noch nicht im Lager der katholischen Ultra-Orthodoxen. Die Position von Radio Maryja, dem Fernsehsender »Trwam« und der Tageszeitung *Nasz Dziennik* – Medien, die nationalkatholische Ideen propagieren und den geistigen, politischen und gesellschaftlichen Liberalismus erbittert bekämpfen – wäre heute nicht so stark, wäre nicht das Wohlwollen der Führer von Recht und Gerechtigkeit (PiS), die in der Zeit, als diese Partei an der Macht war (2005–2007), gern in den Medien von Pater Rydzyk auftraten, diese damit salonfähig machten und vom Ruch rechtsextremer Propagandaverbreitung befreiten.

Dass in den letzten Jahren das Gesicht der Kirche und der aktiven katholischen Laienorganisationen in Polen in geistiger Hinsicht deutlich konservativ-antimodernistischer und in politischer Hinsicht rechts-nationalistischer geworden ist, hat mit der Schwäche der liberalen, christdemokratischen und sozialdemokratischen Kräfte in Polen zu tun und der nur oberflächlichen Übernahme der Ideen, von denen sich der Nachkonzils-Katholizismus im Westen Europas, besonders in Deutschland und Frankreich, nährte. Die kulturelle Dominanz des Katholizismus im heutigen Polen – vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges 1939 war diese Dominanz nicht so stark: Als Katholiken bezeichneten sich etwa zwei Drittel der Bürger, es gab eine große orthodoxe Gemeinschaft, einen Anteil von 10 Prozent Juden sowie eine protestantische Gemeinschaft – und die immer noch lebendige Erinnerung an die Verfolgung der Kirche und die Diskriminierung von Katholiken in der Zeit der kommunistischen Volksrepublik regen nicht zur Diskussion über Lage und Zukunft des Katholizismus an.

Es herrscht also das recht verbreitete Gefühl eines gewissen Triumphalismus sowohl innerhalb des Klerus, besonders des jungen, als auch unter den katholischen Laien. Hier ist die Kirche, die den Kommunismus überdauert hat, die den »Primas des Jahrtausends Stefan Wyszyński« und »Johannes Paul II. den Großen« hervorgebracht hat und auch heute im wiedererstandenen demokratischen Polen immer noch die Herrschaft über die Seelen innehat, die Kirche, die den Respekt aller ernstzunehmenden politischen Kräfte, öffentlichen Institutionen und meinungsbildenden Kreise genießt. Es gibt keine Dissidenten, keine theologischen Kontroversen von Bedeutung, keine Bewegungen von unten für Veränderungen und Reformen, wie etwa die Bewegung »Wir sind Kirche«

bei den deutschen und österreichischen Katholiken. In einer solchen Situation ist es einfach, ein starkes Selbstbewusstsein zu haben, aber ebenso einfach kann man auch in eine Idealisierung und Ideologisierung der katholischen Realität verfallen. Der polnische Katholik ist abgeschnitten von dem, wovon der bewusste und aktive Katholik in Westeuropa lebt. Die Ideen von Joseph Ratzinger sowohl als Chef der Glaubenskongregation als auch als Papst sind ihm näher als das Programm der kirchlichen Erneuerung, wie es etwa von Hans Küng vertreten wird.

Dieses Abgeschnittensein kann sich in eine Isolation verwandeln, die keineswegs erstrebenswert ist. Nach dem Tod Johannes Pauls II. nahm eine besondere Form des religiösen Tourismus aus dem Westen nach Polen zu. Die Christen von dort besuchen Polen und Krakau, die Stadt Karol Wojtyła, wie ein Freilichtmuseum, in dem man die Atmosphäre des Katholizismus aus der Zeit vor dem Konzil schnuppern, Kirchenglöckchen hören, auf der Straße einen Priester in Soutane und eine Nonne in Ordenstracht sehen kann. Vielleicht ist das von ihnen als Kompliment gemeint, für einen Teil der polnischen Katholiken ist es jedoch mit Sicherheit zweischneidig. Eines darf jedoch nicht ignoriert werden: Polen ist eigentlich eine kulturelle Ausnahme in Europa, ein kleineres Amerika, wo sowohl Religiosität als auch Modernisierung lebendig sind. Nur dass dies aus den Polen kein auserwähltes Volk macht, sondern eher Probleme aufwirft, mit denen die Kirche sich nicht befasst, aus der irrigen Überzeugung heraus, die polnische katholische »Ausnahme« habe gegen die Säkularisierung bereits gewonnen.

Aus dem Polnischen von Ulrich Heiße

| Kategorie | Diözese Breslau (Wrocław) | Erzdiözese Kattowitz (Katowice) | Erzdiözese Lodz (Łódź) | Diözese Tarnów |
|-------------------------|------------------------------|------------------------------------|---------------------------|-------------------|
| Sex vor der Ehe | | | | |
| nicht zulässig | 23,4 | 16,3 | 35,2 | 60,8 |
| je nachdem | 22,9 | 19,4 | 23,2 | 19,6 |
| zulässig | 35,5 | 45,7 | 37,4 | 15,7 |
| Ehebruch | | | | |
| nicht zulässig | 73,7 | 80,4 | 78,8 | 92,0 |
| je nachdem | 12,5 | 8,4 | 13,5 | 4,6 |
| zulässig | 4,0 | 1,7 | 5,2 | 2,0 |
| Scheidung | | | | |
| nicht zulässig | 33,5 | 43,1 | 38,4 | 71,3 |
| je nachdem | 36,6 | 26,4 | 36,0 | 19,6 |
| zulässig | 20,3 | 20,9 | 23,1 | 7,8 |
| Verhütungsmittel | | | | |
| nicht zulässig | 11,9 | 12,5 | 22,0 | 57,4 |
| je nachdem | 14,9 | 18,7 | 16,4 | 18,2 |
| zulässig | 60,9 | 56,2 | 56,4 | 21,3 |
| Schwangerschaftsabbruch | | | | |
| nicht zulässig | 35,1 | 44,7 | 51,1 | 89,1 |
| je nachdem | 32,3 | 25,5 | 29,0 | 6,2 |
| zulässig | 19,7 | 16,2 | 15,9 | 3,3 |

Zitiert nach: Janusz Mariański (s. Rahmen S. 19), S. 353.